

Bemann, Martin: *Beschädigte Vegetation und sterbender Wald. Zur Entstehung eines Umweltproblems in Deutschland 1893–1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012. ISBN: 978-3-525-31710-5; 540 S.

Rezensiert von: Ute Hasenöhl, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner

„Erst stirbt der Wald, dann der Mensch!“ Unter diesem Slogan protestierten in den 1980er-Jahren Tausende gegen Luftverschmutzung und „Waldsterben“. Getragen von einer intensiven, emotional geführten Medienberichterstattung, avancierte letzteres in Westdeutschland zum Umweltproblem Nr. 1. Aufgrund des massiven öffentlichen Drucks verabschiedete die Politik rasch Auflagen zur Luftreinhaltung, darunter eine Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes bei Kraftwerken sowie Katalysatoren im Kraftverkehr. Seit 2006 untersucht das DFG-Forschungsprojekt „Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche ‚Waldsterben‘ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“ die Mechanismen, Hintergründe, Ursachen und Bewertungsmöglichkeiten der Waldsterbensdebatte.¹ Martin Bemann analysiert in seiner 2010 abgeschlossenen Dissertation die Entstehung dieser Debatte in Deutschland zwischen 1893 und 1970. Im Vergleich zur ‚eigentlichen‘ Waldsterbensdebatte der 1980er-Jahre ist diese Vorgeschichte in der Umwelt- und Forstgeschichte bislang kaum erforscht.²

Bemann akzentuiert Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Debatten der 1980er-Jahre und denen früherer Jahrzehnte. Zwar beschäftigten sich die Zeitgenossen jeweils mit immissionsbedingten Waldschäden und damit ähnlichen Phänomenen. Auch die Maßnahmen, die zu ihrer Lösung vorgeschlagen wurden, ähnelten sich (vor allem waldbauliche Veränderungen sowie technische Innovationen zur Minderung von Abgasemissionen). Erhebliche Unterschiede konstatiert er dagegen bei der Bedeutung, die den Waldschäden (bzw. allgemein dem Wald) für die Gesellschaft zugemessen wurde. Bemann analysiert diesen Wandel der Interpretationen vom wirtschaftlichen Problem Einzelner zum gesellschaftlichen Umweltproblem an-

hand von fünf Leitfragen: Wie veränderte sich die Problemsicht? Warum? Wer war dafür verantwortlich? Inwiefern hatte dies Auswirkungen auf den Umgang mit Waldrauschschäden und wer beschäftigte sich aus welchen Gründen mit ihnen? Warum galten immissionsbedingte Waldschäden vor der ‚ökologischen Wende‘ um 1970 nicht als Umweltproblem? Als wesentliche Voraussetzung für die Entstehung eines Problembewusstseins identifiziert er in mehreren Teilöffentlichkeiten (forstlich, hüttenmännisch, chemisch, juristisch, botanisch, populärwissenschaftlich, massenmedial) Deutungs- und Argumentationsmuster, die als Resultate gesellschaftlicher Kommunikation das Denken und Handeln der Zeitgenossen strukturierten. Indem er der Entstehung, Bedeutung und dem Wandel von Wissensbeständen und -ordnungen sowie der Rolle von Experten in diesen Prozessen am Beispiel der Rauchschaadensforschung nachgeht, möchte Bemann einen Beitrag zur Umwelt- und zur Wissensgeschichte zugleich leisten. Hierfür analysiert er neben veröffentlichten Beiträgen auch zahlreiche nicht publizierte Dokumente wie Verwaltungsakten, Korrespondenz, Gutachten und Nachlässe.

Die Arbeit ist chronologisch gegliedert. In fünf Fallstudien werden zeitgenössische Debatten um immissionsbedingte Waldschäden nachgezeichnet, an denen mehrere Teilöffentlichkeiten sowie die Massenmedien beteiligt waren. Hinzu kommen zwei kurze Kapitel zu den Versuchen der Waldbesitzer und Forstleute, ihre Wälder an die sich verändernden lufthygienischen Verhältnisse anzupassen, sowie zu der Frage, warum die Waldsterbensdebatte erst zu Beginn der 1980er-Jahre einsetzte. Räumlich konzentriert sich Bemann auf die stark industrialisierten Länder Sachsen und Preußen bzw. nach 1945 auf Nordrhein-Westfalen, zusätzlich bezieht er die Reichs-

¹ <<http://www.waldsterben.uni-freiburg.de/projekt>> (24.07.2013).

² Vgl. Kenneth Anders / Frank Uekötter, Viel Lärm ums stille Sterben. Die Debatte über das Waldsterben in Deutschland, in: Frank Uekötter / Jens Hohensee (Hrsg.), Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004, S. 112–138; Roderich von Detten, Umweltpolitik und Unsicherheit. Zum Zusammenspiel von Wissenschaft und Umweltpolitik in der Debatte um das Waldsterben der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 217–269.

und Bundesebene ein. Süddeutschland oder die DDR werden nicht berücksichtigt.

Bemmann stellt zunächst anhand einer wissenschaftlich-juristischen Kontroverse um immissionsbedingte Waldschäden aus den 1890er-Jahren die zentralen Akteursgruppen mit ihren Argumenten und Problemsichten vor. Ein Gutsbesitzer hatte 1893 vor dem Königlichen Landgericht im oberschlesischen Beuthen Klage gegen 19 Firmen eingereicht, deren Schwefeldioxid-Emissionen seinen Wald – und damit ihn selbst finanziell – schwer schädigen würden. Im Zuge des Prozesses entbrannte ein Gutachterkrieg um Chancen und Grenzen der Rauchschadensforschung (vor allem hinsichtlich der Möglichkeit, kausale Zusammenhänge zwischen Verursachern und Schäden nachzuweisen), der auch jenseits der Fachöffentlichkeiten in überregionalen Medien rezipiert wurde. Die vorherrschende Sichtweise war ökonomisch-technisch-privatrechtlich. Immissionsbedingte Waldschäden seien primär ein wirtschaftliches Problem Einzelner; weitere Waldfunktionen sowie kollektive Interessen wie Erholung und Naturschutz wurden selten thematisiert.

Den langsamen Wandel dieser Problemsicht zeichnet Bemmann über mehrere Kapitel nach, beginnend mit einer Petition kommunaler und privater Waldbesitzer wegen Rentabilitätsverlusten ihrer Grundstücke an den sächsischen Staat, die 1906–1916 zu einer disziplinenübergreifenden Behandlung der Thematik sowie zur Weiterentwicklung des Immissionsrechts führte. Auch durch die Förderung wissenschaftlicher Studien und Versuche kam dem Staat dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Eine Interpretation der Waldschäden, die die Bedeutung des Waldes für die Volksgesundheit in den Vordergrund rückte, wurde zwar schon vereinzelt formuliert, gewann jedoch erst in den 1920er-Jahren an Wirkungsmacht, wie Bemmann anhand des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk verdeutlicht, der das ‚Sterben der Wälder‘ im hochindustrialisierten und dichtbesiedelten Ruhrgebiet als sozialhygienisches Problem massenmedial thematisierte. Die eigentlichen Rauchschadensexperten waren an diesem Diskurs kaum beteiligt.

Erst im Nationalsozialismus, der gerne mit der Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ar-

beitete, gewann die „Volksgemeinschaft“ als Argument hier an Prominenz. Laut Bemmann wurden derartige Phrasen nicht nur als ideologische Schlagworte eingesetzt, sondern zeugten durchaus von einer veränderten Problemsicht auf Waldrauchschäden, die unter anderem zu Änderungen der Rechtsprechung und einer Intensivierung der staatlichen und privaten Forschung führte (darunter 1941 die Neugründung der – nur im Nationalsozialismus existierenden – Freiburger Forschungsstelle für Rauchschäden als ‚Public-Private-Partnership‘). Ausschlaggebend war neben der Ideologisierung des „deutschen Waldes“ vor allem dessen Bedeutung als kriegswichtige Ressource im Rahmen der NS-Autarkiepolitik. Obgleich seit Julius Adolph Stöckhardts Untersuchungen im 19. Jahrhundert bekannt war, dass manche Baumarten empfindlicher auf Abgasimmissionen reagieren als andere, wurde eine naturgemäße (Dauer-)Waldwirtschaft mit widerstandsfähigen Mischwaldbeständen aus (forst-)wirtschaftlichen Gründen kaum als Lösungsansatz gegen Waldrauchschäden erwogen. Jedoch fanden ‚ganzheitliche‘ Vorstellungen vom Wald seit den 1920er-Jahren vermehrt Eingang in die Interpretation der Rauchschäden.

In den 1950er- und 1960er-Jahren riefen negative gesundheitliche Auswirkungen von Luftverschmutzung vor allem im immissionsbelasteten Nordrhein-Westfalen vermehrt mediale, öffentliche und politische Aufmerksamkeit hervor. Waldrauchschäden wurden dabei zwar trotz der Bemühungen des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen oder von Experten wie dem Forstwissenschaftler Karl Friedrich Wentzel nur am Rande thematisiert. Die Koppelung mit der allgemeinen Luftverschmutzungsthematik trug dennoch zum Wandel des diskursiven Rahmens bei, der seit den 1960er-Jahren eine Uminterpretation immissionsbedingter Waldschäden als gesellschaftlich relevantes Umweltproblem nach sich zog. Eine breite öffentliche Debatte oder einen neuen politischen Umgang mit dem Phänomen sollte allerdings erst die Waldsterbensdebatte der 1980er-Jahre auslösen – ein Umstand, den Bemmann vor allem mit dem gestiegenen Problemdruck, den grenzübergreifenden Dimensionen der

Rauchschäden, der Konsolidierung und Politisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Ursachen und Langzeitfolgen des sauren Regens, der Sensibilisierung und Mobilisierung der Bürger durch die „Ökobewegung“ der 1970er-Jahre sowie der Katastrophenstimmung dieser Zeit erklärt.

Bemann eröffnet in seiner über achtzig Jahre umfassenden Langzeituntersuchung einen detail- und kenntnisreichen Einblick in die Voraussetzungen, Mechanismen und Auswirkungen diskursiven Wandels, die Rolle verschiedener Akteure und Interessengruppen in diesem Prozess, aber auch die hierfür nötigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Trotz einer Länge von 540 Seiten ermöglichen konzise Zusammenfassungen und das systematische Aufgreifen der in der Einleitung formulierten Fragestellungen im Fazit einen komprimierten Zugriff auf die Forschungsergebnisse. Allerdings wird die auf umfangreicher Quellenarbeit beruhende Studie nur durch ein Personenregister erschlossen, auf ein Orts- und Sachregister wurde leider ebenso verzichtet wie auf eine großzügigere Bebilderung. Besonders aufschlussreich sind die Ausführungen zur Bedeutung von Experten, Politik und Massenmedien bei der Generierung und Verbreitung von Wissensbeständen. So kann Bemann zeigen, dass Rauchschadensexperten unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten mit ihrem jeweiligen disziplinären Blickwinkel zwar die Fachdebatten bestimmten, dieser „esoterische Kreis“ (S. 462) aber in die (ohnehin schwach ausgeprägte) massenmediale Diskussion bis in die 1970er-Jahre hinein selten aktiv eingriff bzw. rezipiert wurde. Hier dominierten eher wissenschaftliche Laien und politische Lobbygruppen.

Für die Nachkriegszeit konzentriert sich Bemann allerdings ganz auf die Westperspektive, die DDR wird – trotz fortgesetzter Rauchschadenforschung an Orten wie Tharandt – mit der Begründung ausgeblendet, dass hier keine ähnlichen Veränderungen der diskursiven Rahmung sowie der politisch-behördlichen Verfahren stattgefunden hätten. Diese Einschätzung mag zutreffend sein. Dennoch hätte man gerne mehr über den Fortgang der Debatten in den wissenschaftlichen Teilöffentlichkeiten der DDR

sowie über die jeweilige Rezeption westdeutscher Diskurse erfahren, gerade mit Blick auf den hohen Problemdruck im stark immersionsbelasteten Osten. Auch die internationalen (Fach-)Diskurse um Waldrauchschäden werden kaum behandelt. Trotz fehlender Vergleichs- und Transferperspektive erweitert Bemann mit seinem Buch den umwelt- und wissen(schafts)sgeschichtlichen Kenntnisstand zur ‚Vorgeschichte‘ eines zentralen (west-)deutschen Umweltdiskurses aber erheblich und zeigt damit auch den Wert einer systematischen Historisierung und Kontextualisierung gesellschaftlicher Debatten.

HistLit 2013-3-096 / Ute Hasenöhl über Bemann, Martin: *Beschädigte Vegetation und sterbender Wald. Zur Entstehung eines Umweltproblems in Deutschland 1893–1970*. Göttingen 2012, in: H-Soz-u-Kult 22.08.2013.